

B Arbeit, Politik und Ökonomie

Gisela Notz

Arbeit: Hausarbeit, Ehrenamt, Erwerbsarbeit

Sowohl die Gesellschaftstheorien von Karl Marx oder Max Weber als auch aktuelle Industrie- und arbeitssoziologische Theorien zur Erklärung von menschlicher Arbeit beziehen sich primär auf die Arbeit, die der (männliche) Lohnarbeiter in Industrie und Verwaltung leistet. Die Arbeiten im Haus, bei der Erziehung der Kinder, der Pflege der Hilfsbedürftigen und in der ehrenamtlichen Arbeit werden in diesen Theorien und Ansätzen (außerhalb der Frauenforschung) nicht unter dem Begriff Arbeit subsumiert, obwohl sie gesellschaftlich ebenso notwendig sind wie die Erwerbsarbeit.

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist, dass sowohl im Produktionsbereich als auch im Reproduktionsbereich gesellschaftlich notwendige und nützliche Tätigkeiten verrichtet werden. Soll (zunächst) die Trennung zwischen Produktionsarbeit und Reproduktionsarbeit beibehalten werden, so wäre unter ‚Produktionsarbeit‘ die instrumentell gebundene, zielgerichtete, gesellschaftlich nützliche Tätigkeit in Produktion und Dienstleistung zu verstehen. Tätigkeiten jenseits der Lohnarbeit (oder einer anderen das Einkommen sicherstellenden Erwerbsarbeit), die zur Erhaltung der menschlichen Arbeitskraft und des menschlichen Lebens notwendig sind, wären dann „Reproduktionsarbeit“.

Zu den *Reproduktionsarbeiten* gehören sowohl die Hausarbeitsverhältnisse (Hausarbeit, Erziehungsarbeit, Pflegearbeit für Alte, Kranke und Behinderte) als auch die ehrenamtlichen Arbeitsverhältnisse im Sinne bürgerschaftlichen Engagements und freiwilliger Arbeit (ehrenamtliche politische oder soziale Arbeit, unbezahlte Arbeit in Selbsthilfegruppen). Zu den *Produktionsarbeiten* gehören alle Erwerbsarbeitsverhältnisse, also sowohl ungeschützte Erwerbsarbeit als auch Teilzeitarbeit, tariflich abgesicherte Erwerbsarbeit und selbstständige Arbeit.

Diese Typologisierung von Arbeit schließt auch jene Aktivitäten ein, die Hanna Arendt in „arbeiten“, „herstellen“ und „handeln“ unterteilt, also die Tätigkeiten zur Sicherung der Gattung und des Am-Leben-Bleibens, die Produktion einer künstlichen Welt von Dingen, „die unserem flüchtigen Dasein Bestand und Dauer entgegenhält“ (herstellen), und das Handeln, das „der Gründung und Erhaltung politischer Gemeinwesen dient“ (Arendt 1981: 15). Jede Aktivität greift gestaltend und kulturbildend in unsere Verhältnisse ein, zwar nicht jede mit gleichem Gewicht, aber keine ohne Bedeutung.

Hausarbeitsverhältnisse

In den Hausarbeitsverhältnissen werden, privat und meist isoliert, unbezahlte Arbeiten verrichtet, die der eigenen Reproduktion, der des Ehepartners, der *Erziehung und Sorge der Kinder* sowie der *Pflege und Betreuung kranker, behinderter und alter Familienangehöriger* dienen. Die

traditionelle geschlechtshierarchische Arbeitsteilung der kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaft weist Männern immer noch in erster Linie die Erwerbsarbeit zu, während ihnen die Hausarbeit von Frauen (je nach Lebenssituation von Müttern, Töchtern, Schwiegertöchtern oder anderen weiblichen Familienangehörigen, Freundinnen, Ehefrauen) abgenommen wird. In Westdeutschland hat die Zustimmung zu dieser Form der Arbeitsteilung in den 1990er Jahren allerdings stark abgenommen. Dennoch waren im Jahr 2000 noch ca. 50% der in einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes (Stat. Bundesamt 2002: 536f.) befragten westdeutschen Männer und Frauen der Meinung, dass es für alle Beteiligten viel besser sei, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zu Hause bleibt. Gravierende Geschlechterunterschiede ergaben sich dabei nicht; allerdings stimmen weitaus mehr ältere Menschen und weitaus mehr nicht berufstätige Frauen dieser Art von Arbeitsteilung zu. In Ostdeutschland liegt die Zustimmung zu dieser traditionellen Form der Arbeitsteilung deutlich niedriger (31% im Jahr 2000), doch scheint sie in den letzten Jahren gewachsen zu sein, denn 1996 lag sie nur bei 26%.

Weitgehend unverändert zeigt sich die tatsächlich praktizierte Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen in der Familie und in anderen Zusammenlebensformen (vgl. Notz 1991, Geißler 2002: 385, Stat. Bundesamt/BMFSFJ 2003: 14f., Klenner 2005: 228). Zur Beteiligung an den *Hausarbeiten* sind Männer immer noch schwer zu bewegen, helfen bestenfalls mit.

Nach wie vor existiert ein harter Kern von typisch weiblichen Aufgaben (Waschen, Bügeln, Kochen und Saubermachen) die in 75 bis 90% der Familien oder Lebensgemeinschaften überwiegend von Frauen erledigt werden (Notz 1991: 160ff., Familienbericht 2000: 93, vgl. auch Koppetsch/Burkart 1999). Der Beteiligungsgrad der Männer an der Wäschepflege betrug nach einer neueren Befragung nur 8% (Meier u.a. 2004: 121). Andere Hausarbeiten (Einkaufen, Geschirrspülen, Behördengänge) werden zunehmend gemeinsam oder im Wechsel zwischen den Partnern erledigt (Geißler 2002: 387); für Reparaturen in Wohnung oder Haus, Arbeiten im Garten und die Pflege und Wartung des Autos sind überwiegend Männer verantwortlich (Notz 1991: 157, Geißler 2002: 386, Stat. Bundesamt/BMFSFJ 2002: 14). Wenn es um Bauen und handwerkliche Tätigkeiten geht, besteht eine deutliche Zurückhaltung von Frauen (Ehlay 2004: 16). Die geringe Beteiligung von Männern an der Hausarbeit ändert sich auch nicht wesentlich, wenn sie mit erwerbstätigen Frauen zusammenleben: Männer mit berufstätigen Frauen leisten in der Woche nur eine halbe Stunde, am Wochenende ganze sechs Minuten mehr Hausarbeit als andere (Geißler 1992: 256, Meyer/Schulze 1993: 183). Vor allem gerade Teilzeit arbeitende Frauen leisten das Gros der Hausarbeit (Klenner 2005: 232).

Etwas stärker beteiligen sich Männer an der *Erziehungsarbeit*, *doch immer noch wenden sie hierfür nur halb so viel* Zeit auf wie Frauen. Nach der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes (BMFSFJ 2003b, Stat. Bundesamt/BMFSFJ 2003: 22) widmen sich Männer rund 1¼ Stunden und Frauen 2¾ Stunden täglich ihren Kindern. Nach wie vor übernehmen Männer dabei am liebsten Sport und Spiel (ebd., vgl. auch Notz 1991). Haushalte von Alleinerziehenden erhalten in der Kinderbetreuung mehr private Hilfe als Paarhaushalte und geben auch an, eher Unterstützung durch FreundInnen bei Problemen zu bekommen (ebd.: 28).

Frauen sind es auch, die 80% aller privaten *Pflegearbeiten für alte, kranke und behinderte Menschen* übernehmen (zwd Nr. 194/2003: 14). Die meisten waren 1997 zwischen 45 und 60 Jahre alt, fast ein Viertel jedoch schon zwischen 55 und 60 Jahren. Selbst werden sie bei Pflegebedürftigkeit viel seltener zu Hause gepflegt als Männer (Klammer u.a. 2000: 298). Die Ideologisierung der Hausversorgung stempelt die Tochter oder Schwiegertochter, die sich dieser Aufgabe, aus welchen Gründen auch immer, entzieht, zur ‚undankbaren Tochter‘.

Die Organisationsform für die unbezahlte Hausarbeit ist die Kernfamilie, deren autoritäre Struktur durch die Vormachtstellung der Männer, die aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Frauen und Kindern abgeleitet wird, reproduziert wird. Aus diesem Grunde wird seit Beginn der neuen Frauenbewegung die Frage nach ‚Lohn für Hausarbeit‘ diskutiert. Teile der Frauenbewegung erhofften sich durch eine Entlohnung der Hausarbeit, dass diese Arbeit gesellschaftlich sichtbar und wertvoll wird und Technologien eingesetzt werden, die sie reduzieren (vgl. Bock/Duden 1977:

185). Wenn Frauen materiell unabhängig sind – so wurde gehofft –, sind sie auch instande, die Hausarbeit und ihre Organisation in Frage zu stellen, also diese Arbeitsform zu verweigern und ihre Vergesellschaftung zu fordern. Konzepte zur Vergesellschaftung der Hausarbeit standen allerdings nicht zur Debatte und außer in einigen Wohngemeinschaften studentischer oder intellektueller Individuen wurde kaum von der Einbeziehung der Männer in diese Arbeitsform gesprochen. Gerade weil die Propagierung von häuslicher Kindererziehung und Altenpflegearbeit in der isolierten Kleinfamilie kritisch betrachtet werden muss, ist es fraglich, ob alle jetzt unbezahlt geleisteten Hausarbeiten vergesellschaftet und in bezahlte Arbeiten umgewandelt werden sollten. Das würde zur Folge haben, dass alle Arbeiten, die der Befriedigung immaterieller Bedürfnisse nach Kommunikation, Zuwendung, Zärtlichkeit etc. dienen, den Kriterien der Lohnarbeit unterworfen und damit kaufbar und zur Ware würden. An der geschlechtsspezifischen Zuweisung würde eine Bezahlung kaum etwas ändern. Das wird am Beispiel bezahlter Erziehungsarbeit und Altenpflege deutlich: Es sind nur vereinzelt Männer, die in diese Berufe eindringen. Argumente gegen ein „Hausfrauen-“ oder „Müttergehalt“ auch gegen das geschlechtsneutral angebotene „Erziehungsgehalt“ (Leipert/Opielka 1998), sind die mangelnde Kollektivität dieser Arbeit, deren Bezahlung letztendlich dazu führen würde, dass einzelne Männer noch eher die Möglichkeit bekommen, von der gesamten Alltagsarbeit befreit zu werden.

Ehrenamtliche Arbeitsverhältnisse

Auch wenn, aktuellen Studien zufolge, sich die Akzente bei Ehrenamt, Selbsthilfe, Freiwilligenarbeit, bürgerschaftlichem Engagement und Volunteering, leicht unterscheiden, geht es dabei letztlich immer darum, dass „Bürger – außerhalb ihrer beruflichen Tätigkeit und außerhalb des rein privaten, familiären Bereichs – Verantwortung im Rahmen von Gruppierungen, Initiativen Organisationen oder Institutionen“ übernehmen (BMFSFJ 2000a).

Nach einer Repräsentativerhebung, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegeben hat und die 2004 erneuert wurde (BMFSFJ 2000a, Bd. 1-3, 2004), engagieren sich in der BRD „freiwillig und ehrenamtlich“ 34% der erwachsenen Bevölkerung. Dabei sind – dieser wie auch einigen vorangegangenen Studien zufolge – mehr Männer als Frauen ehrenamtlich tätig: 39% der befragten Männer und nur 33% der Frauen engagierten sich 2004 für das Gemeinwohl (ebd. 2006). Insgesamt wird der größte Teil ehrenamtlicher, freiwilliger Tätigkeit von Männern ausgeübt (55%) (Gensicke/Picot/Geiss 2006).

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch: ehrenamtliches Engagement hat ein geschlechtsspezifisches Gesicht. Männer arbeiten in den ehrenamtlichen Bereichen, die mit gesellschaftlicher Macht und Anerkennung und z.T. mit hohen Aufwandsentschädigungen verbunden sind: Schöffen, ehrenamtliche Richter, Leitungsfunktionen in Vereinen und Verbänden, Positionen in den Aufsichtsräten (vgl. Notz 1989). In Feldern mit relativ hohen Anforderungen und Belastungen, wie im sozialen Bereich (67%), im Gesundheitsbereich (66%), im Bereich Schule/Kindergarten (65%) und im Bereich Kirche/Religion (65%) überwiegen die Frauen (BMFSFJ 2000: 77ff.). Insgesamt leisten Frauen 80% der ehrenamtlichen sozialen Dienstleistungen. Ohne diese ehrenamtliche Arbeit würde schon heute das System der sozialen Dienste zusammenbrechen. Damit blieben viele der Sorge und Hilfe bedürftigen Menschen unversorgt (vgl. Notz 1999a). „Männer leiten – Frauen tragen die Kirche“, so fasst eine Studie über die ehrenamtliche Arbeit der evangelischen Kirche in Bayern die Geschlechterdifferenzen in der ehrenamtlichen Arbeit zusammen. Das gilt für fast alle Organisationen, in denen Ehrenamtliche eine Rolle spielen (vgl. auch kfd 1998).

Zur *Selbsthilfe* gehört sowohl die aktive Beteiligung in Selbsthilfegruppen als auch das zur Schaffung der dazu notwendigen Strukturen. Zu Beginn der 1970er Jahre war die Selbsthilfe oft ein Stachel im Fleisch der etablierten Wohlfahrtsverbände. Sie war damals eine Art Gegenbewegung von Jugendlichen, Erwachsenen, vor allem Frauengruppen für neue, eigene, den Menschen nahe

Gestaltungs- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten, gegen überkommene, einschränkende, unterdrückende, unzulängliche öffentliche Angebotsstrukturen (Notz 2002: 145). Auch in der Selbsthilfe sind es Frauen, die 70% der unmittelbaren „Sorge- und Kümmerarbeit“ erbringen, in der Familien-selbsthilfe sogar 90%. Männer sind auch in diesem Arbeitsbereich eher Funktionsträger (Erler/Tschiltschke 1998: 26, Notz 2007).

Erwerbsarbeitsverhältnisse

Der Bedeutung der Erwerbsarbeit geht über den bloßen Lebensunterhalt hinaus. Erwerbsarbeit verschafft Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten, wenn auch oft in beschränktem Umfang, gibt dem Leben einen Sinn und erweitert den menschlichen Horizont, schafft Gemeinsamkeiten und weist sozialen Status zu. Damit schafft sie zugleich eine Form von Identität und formt die Persönlichkeit (Jahoda 1983: 46ff.). Mit dem Ausschluss von Erwerbsarbeit sind entsprechend ökonomische, psychische und soziale Belastungen verbunden.

Der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung ist in den vergangenen Jahren in der Bundesrepublik von 71,42% in 1996 auf 73,7% in 2005 gestiegen. Hinter diesem moderaten Anstieg verbergen sich jedoch erhebliche Verschiebungen zwischen den Geschlechtern: Während die Erwerbsquote der Männer (durch längere Ausbildungszeiten, frühere Verrentung und demografische Effekte) zwischen 1991 und 2004 von 82,9% auf 80,3% sank, stieg die Quote bei den Frauen von 62,1% auf 66,1%. Besonders ausgeprägt ist die Steigerung bei den verheirateten Frauen. Deren Erwerbsquote verdoppelte sich in den letzten 50 Jahren (von 25% auf 50%) (alle Zahlen aus: Statistisches Bundesamt 2002: 89, BMFSJ 2005). Noch höher liegt die Frauenerwerbsquote in den neuen Bundesländern, allerdings hat diese seit dem Beitritt zumindest bei den verheirateten Frauen drastisch abgenommen (von 73% in 1991 auf 63,7% in 2001). Das Ansteigen der Frauenerwerbsquote in der BRD (West) führt immer wieder dazu, dass Frauen als die Gewinnerinnen der Arbeitsmarktpolitik bezeichnet werden. Sieht man sich die Arbeitsplätze und Arbeitstätigkeiten an, so sind sie jedoch bestenfalls quantitative Gewinnerinnen, jedoch qualitative Verliererinnen. Die qualitativen Verluste beziehen sich nicht nur auf die Verluste an Arbeitszeit (Erhöhung der Teilzeitquote und der geringfügigen Beschäftigung) und an zur Sicherung der Existenz notwendigem Geld, sondern auch auf verschlechterte Arbeitsbedingungen im Blick auf dequalifizierte Anforderungen und neue, schwerwiegende psychische und physische Belastungen, oftmals dort, wo neue Techniken, Arbeitsorganisationen oder Managementmethoden eingesetzt werden (Notz 1999b: 56).

Verluste haben Frauen vor allem in den *ungeschützten (prekären) Erwerbsarbeitsverhältnissen* (vgl. Möller 1988) zu erleiden. Das sind Beschäftigungsverhältnisse, bei denen zumindest ein zentrales Element (z.B. Vertragsdauer, Arbeitszeit, Sicherheit des Arbeitsplatzes oder Sonderleistungen) vom „Normalarbeitsverhältnis“ abweicht. Je mehr Abweichungen vom „Normalarbeitsverhältnis“ vorhanden sind, desto prekärer ist das Beschäftigungsverhältnis. Die geringfügige Beschäftigung ist in den 1990er Jahren stark gestiegen. In vielen Bereichen mit „typischen Frauenarbeitsplätzen“ sind geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zur „Normalarbeit“ geworden. Das gilt z.B. für 90% der Putzarbeiten und 90% der (elektronischen) Heimarbeiten sowie für zahlreiche (Frauen)arbeitsplätze im Einzelhandel, bei der Post und ähnlichen Einrichtungen. Der Anteil der ausschließlich geringfügig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen lag 1997 in Deutschland bei über 10%. Ca. 2,4 Millionen (66%) der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in den alten Bundesländern waren Frauen (Klammer u.a. 2000: 96f.).

Arbeitgeber mit einem hohen Anteil geringfügig Beschäftigter konnten bislang enorme Sozialversicherungsbeiträge sparen. Durch das Gesetz vom 01.04.1999 wurde dies eingeschränkt, was den Sozialversicherungen neue Einnahmen, den Versicherten jedoch keine nennenswerten Vorteile brachte. Durch die Anhebung der Versicherungsfreigrenze auf 400 € wurde ab April 2003 mit der Einführung der Mini-Jobs eine weitere Erosion des „Normalarbeitsverhältnisses“

gesetzlich abgesegnet. Betroffen sind vor allem Frauen, denn Mini-Jobs sollen vor allem im Bereich (steuerlich begünstigter) haushaltsnaher Dienstleistungen entstehen. Als haushaltsnahe Tätigkeiten gelten „die Betreuung von Kindern, kranken, alten und pflegebedürftigen Menschen ebenso wie Kochen, Putzen, Wäsche waschen, Bügeln und Gartenarbeit“ (BMFSFJ 2003b). Der Privathaushalt wird von Arbeitgeberverpflichtungen weitgehend freigehalten, zu bezahlen ist nur eine 10%ige Sozialversicherungspauschale. Gleichzeitig entfällt für Mini Jobs im Haushalt die bisher für ‚geringfügige Beschäftigung‘ übliche 15-Stunden-Grenze. Zusammen mit der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Kosten für Beschäftigte in privaten Haushalten soll diese Regelung zu einer Verringerung der Schwarzarbeit führen.

Tarifverträge werden auch durch „Midi-Jobs“, mit denen Beschäftigte zwischen 400 und 800 Euro verdienen, und nur einen ermäßigten Sozialversicherungsbeitrag zahlen, umgangen. Das IAB schätzt, dass fast eine $\frac{3}{4}$ Million neue Mini-Jobs und 1,12 Millionen Midi-Jobs entstehen. Allerdings wird es sich dabei nicht um neue Beschäftigungsverhältnisse handeln, sondern es werden vorwiegend bestehende Beschäftigungsverhältnisse in Mini- und Midi-Jobs umgewandelt. Gleichzeitig werden Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 612 Millionen Euro ausfallen (IAB 2003).

In ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt sind keinesfalls nur Mütter mit kleinen Kindern oder ihre Eltern bzw. Schwiegereltern pflegende Töchter, vielmehr werden mangels besseren Arbeitsplatzangebots zunehmend auch Frauen ohne Familienpflichten in solche Arbeitsverhältnisse verwiesen, wie vorliegende Studien eindrucksvoll belegen (z.B. Ministerium zur Gleichstellung von Frau und Mann Rheinland-Pfalz 1994).

Die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt vollzog sich in den letzten Jahrzehnten vor allem über die Ausweitung der *Teilzeitarbeitsverhältnisse*. Die Teilzeitquote der abhängig beschäftigten westdeutschen Frauen lag 2004 bei 44,5%, die der Ostdeutschen bei 28% (Bothfeld 2005: 138). In der Altersgruppe der 35- bis 45-jährigen Frauen ist gar über die Hälfte aller abhängig beschäftigten Frauen teilzeitbeschäftigt (ebd.: 139). Die Teilzeitquote der Männer lag 2005 dagegen im Westdeutschland bei 13%, in Ostdeutschland bei 4%. Teilzeitarbeit ist nicht per se ein prekäres Arbeitsverhältnis. Doch dort, wo man (oder frau) vom Ertrag der teilzeitigen Arbeit einigermaßen leben könnte, wird nur ganz selten geteilt. Die meisten Teilzeit arbeitenden Frauen arbeiten im Dienstleistungssektor und dort vor allem in Bereichen mit hohem Leistungsdruck und einem nicht existenzsichernden Einkommen, was – spätestens dann, wenn, aus welchen Gründen auch immer, der „Haupternährer“ wegfällt – die Gefahr der Verarmung in sich birgt. Zudem sind Teilzeitarbeitende aus wichtigen betrieblichen Geschehen ausgeschlossen und haben im Betrieb schlechte Aufstiegsmöglichkeiten.

Der Zugang zu *tariflich abgesicherten Arbeitsverhältnissen* verschlechtert sich für Frauen ständig (vgl. Gottschall 1988: 29, Bothfeld 2005). Vor allem die hohen Beschäftigungsverluste im Zuge der marktwirtschaftlichen Umstrukturierungen in den „neuen Ländern“ trafen Frauen überdurchschnittlich stark. Obwohl die meisten Mädchen heute gleich gute oder bessere Schulbildungen als Jungen haben, der Anteil an Frauen mit allgemeiner Hochschulreife bereits 1995 bei 54,8% lag und ihr Anteil an den Studienanfängerinnen im Wintersemester 1996 mit 52% erstmals den der Männer überstieg (Peters 1998: 404), schwindet der Qualifizierungsvorsprung gegenüber Männern, mit dem viele Frauen auf den Arbeitsmarkt gekommen sind, im Beschäftigungssystem (Gottschall 1995: 131). Die geschlechtshierarchische Segregation ordnet Männern eher die anspruchsvollen, markt- und entscheidungsbezogenen Tätigkeitsbereiche sowie Führungs- und Leitungspositionen zu, während Frauen auf zuarbeitende Positionen festgelegt werden, die am unteren Ende der Hierarchie angesiedelt sind. An den neuen wissenschaftlich-technischen Dienstleistungsberufen (Wirtschaftswissenschaften, Informatik, Konstruktion) lässt sich aufzeigen, dass Frauen heute wesentlich häufiger als früher über die erforderlichen Eintrittsqualifikationen verfügen, diese sich jedoch nicht in demselben Maß wie bei Männern in Karrierewege umsetzen lassen (Gottschall 1995: 131). Frauen in den Top-Etagen sind noch immer die Seltenheit. Auf der anderen Seite gehören viele Vollzeit arbeitende Arbeiterinnen in der Textil-, Leder- und Nahrungsmittelindustrie sowie viele Friseurinnen, Verkäuferinnen und Floris-

tinnen zu den „working poor“ (vgl. Ehrenreich 2001). Sie sind arm, obwohl sie bezahlte Erwerbsarbeit ausführen.

Ein wesentlicher Aspekt der geschlechtlichen Segregation in betrieblichen und sozialen Organisationen ist die fortdauernde und in Westdeutschland im Vergleich zu anderen Ländern der Europäischen Union besonders stark ausgebildete Einkommensdifferenz zwischen den Geschlechtern. Tatsächlich verdienen Frauen europaweit immer noch ca. 20% weniger als Männer. In Westdeutschland erzielen voll beschäftigte Frauen nur 76% des Männereinkommens (BMFSFJ 1995). Auch hochqualifizierte Frauen verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen und arbeiten überproportional in Bereichen mit schlechteren Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen (Mengel-Belabbes 1998: 31). Eine Studie über weibliche Führungskräfte kommt zu dem Ergebnis, dass Frauen selbst dann weniger verdienen, „wenn sie auf gleicher Hierarchieebene, in derselben Branche, mit derselben Funktion“ arbeiten und „wenn sie genau so alt sind und die gleichen Abschlüsse aufweisen“ (Bischoff 1990: 31). Das gilt auch für die wenigen Frauen, die in männerdominierte Professionen wie Jura oder Medizin eindringen konnten. Zahlreiche Studien (vgl. z.B. Krell/Carl/Krehnke 2000, Holst 2002) belegen, dass die Lohnfindungssysteme in Deutschland Frauen benachteiligen. Dafür gibt es verschiedene Gründe: Anforderungen werden nicht bewertet, Zuschläge nicht oder in geringem Umfang bezahlt, „Frauenberufe“ bei gleichen oder gleichwertigen Anforderungen niedriger eingestuft und der Aufstieg dauert länger.

Im Jahr 2004 gab es laut Mikrozensus 3,8 Millionen *selbstständig Arbeitende*, 28,9% sind Frauen. Während bereits 14% der erwerbstätigen Männer in Ost und West ihr eigenes Unternehmen gegründet haben, waren es bei den Frauen nur 7,8% (ebd.). Die „Pleitenquote“ ist allerdings hoch, jedes zweite neu gegründete Unternehmen in Deutschland steht in den ersten fünf Jahren vor dem Bankrott, wobei Frauen laut Deutscher Ausgleichsbank seltener Konkurs machen als Männer.

Eine Ursache für die niedrige Gründerinnenquote liegt nach einer Untersuchung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsförderung (RWT) in den fehlenden Informationsangeboten speziell für Frauen. Zahlreiche Förderprogramme seien eher auf männliches Gründungsverhalten zugeschnitten. Häufig konzentrieren sich die Zuschüsse auf gewerbliche Gründungen mit hohen Investitionsvolumen (vgl. zwd 195/2003: 17), also in Bereichen, in denen nur 6% (Ost) bis 12% (West) der Gründerinnen aktiv sind. Die Schwerpunkte der Existenzgründung von Frauen liegen jedoch im Dienstleistungsbereich (89%). Im produzierenden Gewerbe betätigen sich nur 7% (ebd.). Frauenbetriebe arbeiten meist mit geringem Kapitaleinsatz und Jahresumsatz. Über 50% der Unternehmen bestehen nur aus der Gründerin selbst, weitere 23% haben nur eine bis zwei Angestellte. Besonders in den neuen Bundesländern ist der Anteil der über 40-jährigen Existenzgründerinnen hoch. Sie verfügen über umfangreiche Erfahrungen und Kenntnisse, haben aber auf dem Arbeitsmarkt kaum Chancen und über die Hälfte gründet wegen drohender oder bestehender Erwerbslosigkeit.

Gut eine halbe Million der 3,8 Millionen Selbstständigen übten 2004 ihre Tätigkeit Teilzeit aus (330.000 Frauen und 205.000 Männer). Als Begründung für die Selbstständigkeit gaben Frauen oft persönliche oder familiäre Verpflichtungen an (ebd.). Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, durch verschiedene Maßnahmen den Anteil von Frauen an den Unternehmensgründungen zu erhöhen. Die Förderung der Ich-AGs und Familien-AGs beschränkt sich auf Personenkreise, die Entgeltersatzleistungen bezogen. Der steuerfreie Existenzgründungszuschuss soll einen abgesicherten Übergang von der Erwerbslosigkeit in die Selbstständigkeit ermöglichen und ist auf drei Jahre begrenzt. Er reduziert sich jeweils nach Ablauf eines Jahres und beträgt im ersten Jahr 600 Euro, im zweiten 360 Euro und im dritten Jahr 240 Euro monatlich. Die Obergrenze des Arbeitseinkommens von jährlich 25.000, bei Verheirateten 50.000 Euro, darf nicht überschritten werden. Die Bezieher des Existenzgründungszuschusses sind rentenversichert. Bei vielen Neugründungen von Frauen handelt es sich oft um Beschäftigungsbereiche, die Frauen bislang ohne Sozialversicherungsschutz inne hatten und zum Teil in Schwarzarbeit betrieben (z.B. Teleheimarbeit). Vieles, was an „normale“ Arbeitsverhältnisse erinnert, fehlt bei den Soloselbstständigen: ein fester Arbeitsplatz, garantiertes Einkommen, soziale Kontakte mit KollegInnen und damit soziale Anerkennung und die

Möglichkeit zu solidarischem Handeln. Letztlich zielt die Philosophie der Existenzgründung auf die Pflicht zur Nutzung der Marktchancen durch die Erwerbslosen und die moralische Pflicht zur Selbstverantwortlichkeit, das heißt auf das individuelle Risikomanagement. Der Bundeswirtschaftsminister rechnet damit, dass etwa zwei Drittel der gegründeten Unternehmen überleben und innerhalb der ersten drei Jahre ein bis zwei Arbeitsplätze pro Betrieb schaffen werden. Arbeitsmarktexperten zweifeln, dass sich diese Hoffnung tatsächlich erfüllt.

Perspektiven für das Politikfeld Arbeit

Für die Zukunft gilt es, die Aufhebung der Trennung zwischen Männer- und Frauenarbeiten und der damit verbundenen Diskriminierungen zu erreichen. Voraussetzung hierfür ist eine Umverteilung und Neubewertung der (jetzt) bezahlt geleisteten und der (jetzt) unbezahlt geleisteten sinnvollen und gesellschaftlich nützlichen Arbeiten und der damit verbundenen Verantwortung auf *alle* Menschen. Notwendig wird auch eine Neugestaltung von Produktionsformen, Arbeitszeiten und Arbeitsorganisationen und eine Humanisierung und Demokratisierung in *allen* Bereichen menschlicher Arbeit. Dass die Aufhebung des traditionellen Modells ‚Familienvorsorgerin‘ und ‚Familienernährer‘ der notwendigen Infrastruktur bedarf (z.B. Kinderbetreuung), ist selbstverständlich, auch werden, wenn eine weitere geschlechtsspezifische und schichtspezifische Spaltung vermieden werden soll, „neue Formen gesellschaftlicher Solidarität“ notwendig (Becker 1998: 255). Sie dürfen jedoch nicht zu einer erneuten Exklusion von Frauen aus der existenzsichernden Arbeit führen.

Letztlich muss jeder Mensch die Möglichkeit haben, pflegerische, soziale, politische und kulturelle Arbeit zu leisten, ebenso wie sinnvolle, persönlichkeitsförderliche und existenzsichernde Erwerbsarbeit. Wunschvorstellung ist es, alle diese Arbeiten zeitlich, räumlich und inhaltlich in Einklang zu bringen und damit die Trennungen zwischen den Bereichen der verschiedenen Arbeitsformen und der ‚Nicht-Arbeit‘ aufzuheben. Ansätze für eine derart organisierte Arbeit finden sich in Betrieben und Projekten der Alternativ- und Genossenschaftswirtschaft.

Verweise: → Beruf → Doppelte Vergesellschaftung → Erwerbsarbeit → Familie

Literatur

- Arendt, Hanna 1981: *vita activa oder Vom tätigen Leben*. München: Piper
- Becker, Ruth 1998: *Eigenarbeit – Modell für ökologisches Wirtschaften oder patriarchale Falle für Frauen?* In: Bierter, Willy/Uta von Winterfeld (Hrsg.): *Zukunft der Arbeit – welcher Arbeit?* Basel: Birkhäuser Verlag, S. 257-291
- Bischoff, Sonja 1990: *Frauen zwischen Macht und Mann. Männer in der Defensive. Führungskräfte in Zeiten des Umbruchs*. Hamburg: HWP
- Bock, Gisela/Barbara Duden 1977: *Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit*. In: Gruppe Berliner Dozentinnen, Beiträge zur 1. Sommeruniversität für Berlin. Berlin: Frauen und Wissenschaft
- Bothfeld, Silke 2005: *Arbeitsmarkt*. In: Bothfeld, Silke/Ute Klammer/Christina Klenner/Simone Leiber/Anke Thiel/Astrid Ziegler: *WSI FrauenDaten-Report*. Berlin: Edition sigma, S. 109-186
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 2000a: *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement*. 3 Bände. Schriftenreihe Band 194. 1-3. Stuttgart: Kohlhammer
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 2000b: *Familien ausländischer Herkunft in Deutschland*. 6. Familienbericht. Berlin: BMFSFJ
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2003a: *Pressemitteilung Nr. 40 vom 31.3. 2003*

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2003b: Pressemitteilung Nr. 115 vom 2.12.2003
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2005: Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. München: Deutsches Jugendinstitut
- Ehling, Manfred 2004: Zeitbudgeterhebung 1991/92 und 2001/2002 – Kontinuität und Wandel. In: Statistisches Bundesamt: Alltag in Deutschland. Analysen der Zeitverwendung. In: Forum der Bundesstatistik, Band 43, S. 10-22
- Ehrenreich, Barbara 2001: Arbeit poor. Unterwegs in der Dienstleistungsgesellschaft. München: Verlag Antje Kunstmann
- Engelbrech, Gerhard/Alexander Reinberg 1998: Erwerbsorientierung und Beschäftigungsmöglichkeiten von Frauen in den neunziger Jahren. Wirtschaftliche Umstrukturierung und frauentypische Arbeitsmarktrisiken in Ost- und Westdeutschland. In: Gesellschaft für Informationstechnologie und Pädagogik am IMBSE (Hrsg.): Beschäftigungsrisiko Erziehungsurlaub. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 39-92
- Erlor, Wolfgang/Birgit von Tschilschke 1998: Familienselbsthilfe in Ostdeutschland. Sozialpolitische Potentiale einer Alltagsbewegung. In: Diskurs Nr. 2/1998, S. 25-39
- Europäische Kommission 1996: Beschäftigung in Europa. Brüssel: Europäische Kommission
- Gensicke, Thomas/Sibylle Picot/Sabine Geiss (Hrsg.) 2006: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Wiesbaden: VS Verlag
- Geißler, Rainer 1992: Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Geißler, Rainer 2002: Die Sozialstruktur Deutschlands. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Gottschall, Karin 1988: Rationalisierung und weibliche Arbeitskraft. Anmerkungen zu androzentristischen Verzerrungen in der Industrie- und Angestelltensoziologie. In: Zeitschrift für Frauenforschung, Heft 4, S. 39-46
- Gottschall, Karin 1995: Geschlechterverhältnis und Arbeitsmarktsegregation. In: Becker-Schmidt, Regina/Gudrun-Axeli Knapp (Hrsg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt/M., New York: Campus, S. 125-162
- Hartz, Peter u.a. 2002: Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, Bericht der Kommission. Berlin: Broschüre Nr. A 306
- Holst, Elke 2002: Zu wenig weibliche Führungskräfte unter den abhängig Beschäftigten. In: DIW Berlin, Wochenbericht Nr. 48, S. 839-844
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2003: Kurzbericht Nr. 2. Nürnberg: IAB
- Jahoda, Marie 1983: Wieviel Arbeit braucht der Mensch? Weinheim, Basel: Beltz
- Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands Bundesverband e.V. (kfd) 1998: Nachweis über ehrenamtliche, freiwillige und unentgeltliche Arbeit und Nachweis über Teilnahme an Fort- und Weiterbildung. Ergebnisbericht. Düsseldorf: Arbeitspapiere
- Klammer, Ute 2005: Soziale Sicherung. In: Bothfeld, Silke/Ute Klammer/Christine Klenner/Simone Leiber/Anke Thiel/Astrid Ziegler: WSI-Frauen Daten-Report. Berlin: edition sigma, S. 307-382
- Klammer, Ute/Christine Klenner/Simone Leiber/Anke Thiel/Astrid Ziegler 2000: WSI-FrauenDatenReport. Berlin: edition sigma
- Koppetsch, Cornelia/Günter Burkart 1999: Die Illusion der Emanzipation. Zur Wirksamkeit latenter Geschlechternormen im Milieuvvergleich. Konstanz: Universitäts-Verlag
- Krell, Gertraude/Andrea-Hilla Carl/Anna Krehnke 2000: Diskriminierungsfreie Bewertung von (Dienstleistungs-)Arbeit. Vergleichsstudie im Auftrag der Gewerkschaft ÖTV (heute ver.di) in Hannover. Stuttgart: Ver.di, Bundesvorstand, Ressort 13
- Leipert, Christian/Michael Opielka 1998: Erziehungsgehalt 2000. Ein Weg zur Aufwertung der Erziehungsarbeit. Bonn: ISÖ
- Mengel-Belabbes, Kathrin 1998: Möglichkeiten und Schwierigkeiten hochqualifizierter Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22-23, S. 31-37
- Meier, Ute 2004: Alles wie gehabt? – Geschlechtsspezifische Arbeitsmuster und Mahlzeiten im Zeitvergleich., In: Statistisches Bundesamt: Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. In: Forum der Bundesstatistik, Band 43, S. 114-143
- Meyer, Sibylle/Eva Schulze 1993: Frauen in der Modernisierungsfalle – Wandel von Ehe, Familie und Partnerschaft in der Bundesrepublik Deutschland. In: Helwig, Gisela/Hildegard Maria Nickel (Hrsg.): Frauen in Deutschland 1945 – 1993. Berlin: Akademie-Verlag

- Ministerium zur Gleichstellung von Frau und Mann, Rheinland-Pfalz (Hrsg.) 1994: Geringfügig beschäftigte Frauen in Rheinland-Pfalz. Mainz: Ministerium für die Gleichstellung von Frau und Mann, Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit
- Möller, Carola 1988: Flexibel in die Armut. Empirische Untersuchung und theoretische Verortung ungeschützter Arbeitsverhältnisse. Forschungsbericht Nr. 3 des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Hamburg: Hamburger Inst. für Sozialforschung
- Notz, Gisela 1989: Frauen im sozialen Ehrenamt. Ausgewählte Handlungsfelder, Rahmenbedingungen und Optionen. Freiburg/Br.: Lambertus
- Notz, Gisela 1991: Du bist als Frau um einiges mehr gebunden als der Mann. Die Auswirkungen der Geburt des ersten Kindes auf die Lebens- und Arbeitsplanung von Müttern und Vätern. Bonn: Dietz
- Notz, Gisela 1999a: Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – Eine Antwort auf die Krise? Neu-Ulm: AG-Spax-Verlag
- Notz, Gisela 1999b: Frauen im Kampf um Arbeit und Menschenrecht – Die Auseinandersetzung dauert an. In: Klammer, Ute/Sabine Plonz (Hrsg.): Menschenrechte auch für Frauen?! Berlin: trafo verlag, S. 49-80
- Notz, Gisela 2002: Selbsthilfe hat in der Zivilgesellschaft auch einen politischen Auftrag. In: Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (Hrsg): Selbsthilfegruppenjahrbuch 2002. Gießen: Focus Verlag, S. 144-149
- Notz, Gisela 2003: Löcher im Sozialen Netz. Sozial-Politik und Geschlecht. Frankfurt/M./M: Verlag für Akademische Schriften
- Notz, Gisela 2007: Familien und bürgerschaftliches Engagement. Friedrich-Ebert-Stiftung, betrifft: Bürgergesellschaft 27
- Peters, Thomas 1998: Der Innovationskreis. Ohne Wandel kein Wachstum – Wer abbaut, verliert. Düsseldorf, München: Econ
- Statistisches Bundesamt 2002: Datenreport 2002, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
- Statistisches Bundesamt/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2003: Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02. Bonn, Wiesbaden: Broschüre
- Zweiwochendienst (zwd) 2003: Nr. 194 und 195